Asyl

Anträge bewilligt

Deutschland hat in den ersten drei Monaten 2015 so viele Flüchtlinge anerkannt wie seit Jahren nicht. Insgesamt wurde jeder zweite Antrag bewilligt. Bei Flüchtlingen aus Syrien, Eritrea und dem Irak lag die bereinigte Schutzquote bei fast 100 Prozent. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken hervor. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) hat in sechs Fällen auch Flüchtlingen aus Mazedonien Schutz gewährt, obwohl die Bundesregierung den Balkanstaat erst im November 2014 als sicheres Herkunftsland eingestuft hatte. Grundsätzlich werden Asylanträge schneller bearbeitet als in der Vergangenheit. Das Bamf wickelt Verfahren derzeit innerhalb von durchschnittlich fünf Monaten ab. Wie schnell eine Entscheidung getroffen wird, hängt jedoch stark vom Herkunftsland des Antragstellers ab. Während Syrer schon nach vier Monaten mit einem Bescheid rechnen dürfen, müssen etwa Pakistaner im Schnitt eineinhalb Jahre auf eine Antwort warten. Die Behörden schieben zudem Migranten seltener gemäß dem Dublin-Verfahren in einen EU-Mitgliedstaat ab. Laut der Verordnung müssen Flüchtlinge dort Asyl beantragen, wo sie zuerst europäischen Boden betreten. Im ersten Quartal 2015 schickte Deutschland lediglich zwölf Prozent sogenannter Dublin-Flüchtlinge zurück. „Die Zahlen belegen, dass das Dublin-System gescheitert ist“, sagt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linken-Bundestagsfraktion. pop

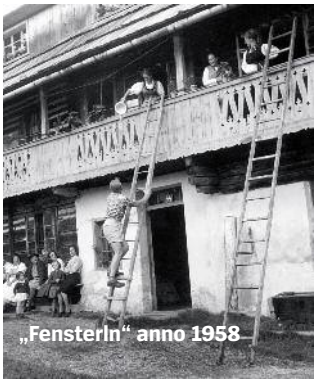
Asylbewerber in Berlin

NSA-Affäre

Merkel berät mit Sicherheitskabinett

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat am Mittwoch mit dem Sicherheitskabinett über die Affäre um die Zusammenarbeit des Bundesnachrichtendienstes mit der amerikanischen NSA beraten. Das geheim tagende Gremium diskutierte etwa zwei Stunden lang die Frage, wie man mit dem Wunsch des Parlaments umgeht, die umstrittene Selektorenliste der NSA einzusehen, ohne eine Krise mit den USA auszulösen. Die Regierung wollte sich zu dem Treffen nicht äußern. Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) versucht derzeit, die Parteien im Bundestag für die Idee eines Sonderermittlers zu gewinnen: eine überparteiliche Persönlichkeit, die Einblick in die umstrittene Liste erhalten soll und anschließend eine Bewertung abgeben könnte. Mit einer Einigung wird jedoch erst für die nächste Sitzungswoche im Juni gerechnet. Die Grünen lehnen die Idee ab. „Der richtige Ort für die parlamentarische Aufklärung ist der Untersuchungsausschuss“, sagt deren Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt. Das Sicherheitskabinett tagt nur selten: Im Jahr 2004 ordnete es nach den Terroranschlägen von Madrid die verstärkte Überwachung des deutschen Zugverkehrs und der Grenzen an. kn, mp, bs

Schilling



„Fensterln“ anno 1958

Der Augenzeuge

Frauen auf die Leiter

Der Passauer Lehramtsstudent **Niko Schilling,** 27, veranstaltet mit seinen Kommilitonen ein Sportfest auf dem Campus der Uni Passau. Dass er dabei einen „Fensterlkönig“ küren wollte, untersagte die Gleichstellungsstelle der Universität. Der Wettbewerb wurde abgesagt – aber nur vorübergehend.

„Die Sportstudenten wollten beim jährlichen Campusfest zum ersten Mal einen großen Wettbewerb veranstalten – die Campus Games. Monatelang haben wir Spiele und Workshops geplant, um für alle Studierenden und Passauer ein attraktives Programm anzubieten. Von den klassischen Leichtathletikdisziplinen über Volleyball bis hin zu TRX oder Frisbee-Workshops. Auch reine Gaudi-Wettkämpfe sollten dabei sein – wie eben das ‚Fensterln‘. Dass sich unser ‚Fensterlkönig‘-Turnier zu einem derartigen Politikum entwickelt, damit haben wir nicht gerechnet. Sogar die bayerische Staatsregierung hat sich zu Wort gemeldet, um das Brauchtum zu verteidigen. Mittlerweile ist die Uni Passau in den Medien ja als jene Hochschule bekannt, die ihren Studierenden das ‚Fensterln‘ verbietet. Sechs Tage vor dem Fest hatte mir die Gleichstellungsbeauftragte der Uni am Telefon gesagt, dass wir unsere Gaudi-Events so nicht durchführen dürfen, weil wir damit gegen die Gleichstellung von Mann und Frau verstoßen würden. Erst dachte ich an einen Scherz, aber die Dame machte mir klar, dass es dafür angeblich gesetzliche Grundlagen gebe und wir uns daran halten müssten, wenn die Uni der Veranstalter ist. Ich sprach darüber mit den anderen Mitgliedern des Organisationsteams, und wir haben beschlossen, die Spaßspiele erst einmal zu verschieben. In Zusammenarbeit mit der Uni suchen wir jetzt eine sinnvolle Regeländerung, die keine Frauen ausschließt und auch gleichgeschlechtlichen Paaren die Möglichkeit gibt zu fensterln. Die vorläufige Absage haben wir dann über Facebook publik gemacht. 24 Stunden später brannte die Hütte, Presseanfragen aus ganz Deutschland gingen bei mir und bei der Uni ein. Aus einer harmlosen Sache wurde eine Riesenwelle, das finde ich schon merkwürdig. Auch an der Uni selbst war #fensterlgate in den folgenden Tagen Gesprächsthema Nummer eins. Ich wollte ja nie Frauen von irgendeinem unserer Events ausschließen, aber wir sind hier in Bayern, und hier gilt laut Aussage unseres Landesvaters ‚Leben und leben lassen‘. Deswegen sollte man gewisse Vorgaben, die auch nach der Beurteilung von Staatsrechtlern keine gesetzliche Grundlage im Bayerischen Gleichstellungsgesetz haben, doch mal kritisch hinterfragen dürfen. Wir werden das ‚Fensterln‘ auf jeden Fall durchführen, und auch Frauen werden sich selbstverständlich anmelden und auf die Leiter steigen können. #fensterlgate erkläre ich damit für beendet!“

Aufgezeichnet von Conny Neumann

FOTOS: GERD PFEIFFER / SÜDDEUTSCHER VERLAG (O. R.); AXEL SCHMIDT / REUTERS (U.)